

Statement

von

Peter Driessen

Hauptgeschäftsführer

des

Bayerischen Industrie- und Handelskammertags

anlässlich

der

Bayerischen Konjunkturpressekonferenz

am 12.10.2017, 10:30 Uhr,

IHK für München und Oberbayern,

Großer Clubraum,

Balanstraße 55 - 59, 81541 München

Sehr geehrte Damen und Herren,

die bayerische Wirtschaft bereitet der zukünftigen Bundesregierung die perfekten Startbedingungen. Noch nie seit Beginn der IHK-Konjunkturumfragen waren die konjunkturellen Rahmenbedingungen zu Beginn einer Legislaturperiode besser als aktuell. Die robuste Nachfrage aus dem In- und Ausland sorgt für beste Stimmung. Die Unternehmen wollen ihre Investitionstätigkeit ausweiten und zusätzliches Personal einstellen. Aufgrund des Fachkräftemangels bleiben jedoch immer mehr Stellen offen. Dies bremst nicht nur das Wachstum, sondern erweist sich zunehmend als Wettbewerbsproblem, denn dadurch steigen die Arbeitskosten. So lauten die zentralen Ergebnisse der BIHK-Konjunkturumfrage unter rund 3.900 Unternehmen, die unmittelbar vor der Bundestags-Wahl abgeschlossen wurde.

Der BIHK-Konjunkturindex zeigt, wie gut die Stimmung in der bayerischen Wirtschaft ist. Mit 132 Punkten erreicht der Indikator annähernd seinen bisherigen Rekord von 136 Punkten. In dem Indikator sind Lageurteile und Erwartungen der Unternehmen in einem Wert zusammengefasst.

Die Geschäftslage hat sich im Vergleich zum Frühjahr nochmals verbessert: 58 Prozent der bayerischen Betriebe bezeichnen ihre Lage als „gut“, nur 5 Prozent

sind unzufrieden. Dies ist per Saldo die beste Bewertung seit 1993.

Ein Ende des Booms ist nicht in Sicht. Vielmehr bleiben die Aussichten auch für das kommende Jahr gut: knapp ein Viertel der bayerischen Unternehmen rechnet sogar mit weiter steigenden Geschäften. Eine Eintrübung erwarten weniger als 10 Prozent. Für eine Herbst-Umfrage sind dies gute Ergebnisse. Die Erwartungen sind zwar per Saldo im Vergleich zum Frühjahr gesunken, dieser Rückgang ist jedoch vor allem auf die Jahreszeit zurückzuführen.

Die bayerische Wirtschaft sucht weiterhin händeringend Personal: 20 Prozent der Unternehmen möchten zusätzliche Stellen schaffen. Vergleicht man auch hier frühere Herbstumfragen, war die Einstellungsbereitschaft vor dem Winterhalbjahr zuletzt 2010 so hoch wie jetzt.

Allerdings fällt es den Unternehmen immer schwerer, Fachkräfte zu finden. Rund jedes zweite bayerische Unternehmen kann derzeit offene Stellen längerfristig nicht besetzen. Dies ist der höchste Wert, seit wir 2012 die Frage zum ersten Mal gestellt haben. Nach Daten der Agentur für Arbeit konzentrieren sich 80 % der Stellenangebote auf die Gruppe der Fachkräfte.

Risiken

Wenig verwunderlich ist daher, dass der Fachkräftemangel das größte Wachstumshemmnis für die bayerische Wirtschaft bleibt. Aktuell sehen im Mangel an Fachkräften 59 Prozent der Unternehmen ein Risiko. Der bisherige (Negativ-)Rekord vom Frühjahr (55 Prozent) wird noch einmal deutlich übertroffen.

Die Fachkräfte fehlen jedoch nicht nur, sondern der Wettbewerb um sie treibt die Lohnkosten in die Höhe: Für 42 Prozent der Unternehmen sind die Arbeitskosten aktuell ein Geschäftsrisiko. Das ist ein neuer Höchststand. Zugleich ist es das erste Mal, dass die Arbeitskosten auf dem Risiko-Dashboard am zweithäufigsten genannt werden. Der Kritik, dass es keinen Fachkräftemangel gibt, da die Löhne nicht ausreichend steigen würden, kann mit diesem Ergebnis Wind aus den Segeln genommen werden.

Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen werden hingegen von so wenigen Unternehmen als Risiko genannt wie zuletzt im Frühjahr 2012. Aktuell sehen 40 Prozent der Unternehmen hierin eine Gefahr für das eigene Unternehmen. Im Frühjahr waren es 44 Prozent.

Ein Grund für diesen Rückgang dürfte das Thema Brexit sein. Wir haben die Unternehmen konkret danach befragt,

ob der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU ein Risiko für ihr Unternehmen ist. Im Frühjahr stufen ihn noch 30 Prozent als Risiko ein, nun sind es noch 20 Prozent. Ebenfalls zurückgegangen sind die Sorgen vor steigendem Protektionismus. Auch dies zeigen unsere Ergebnisse: Im Frühjahr nannten 37 Prozent der Unternehmen den Protektionismus als Geschäftsrisiko, nun sind es noch 29 Prozent. Zusätzlich dürfte auch der europafreundliche Ausgang der Präsidentschaftswahl in Frankreich für gewisse Beruhigung gesorgt haben.

Mittlerweile dürfte die politische Unsicherheit jedoch wieder höher sein, denn aufgrund der Ergebnisse der Bundestagswahl ist mit langwierigen und schwierigen Koalitionsverhandlungen zu rechnen. Und die Lage in Spanien, immerhin Bayerns Handelspartner Nummer 11, gibt auch eher Anlass zur Sorge.

Wie sieht es konjunkturell in den einzelnen Branchen aus?

Industrie

Die bayerische Industrie präsentiert sich in Top-Form: Die Nachfrage aus dem In- und Ausland ist weiter angestiegen. Die Auftragsbücher sind prall gefüllt und die Maschinen laufen auf Hochtouren. Entsprechend zufrieden sind die Unternehmen: 60 Prozent bezeichnen ihre Lage als „gut“, nur

6 Prozent sind unzufrieden. Der Lagerekord vom Frühjahr wird sogar um einen Zähler übertroffen. Der neue Rekord liegt nun bei 54 Saldopunkten.

Auch die Aussichten für die kommenden zwölf Monate bleiben günstig: 23 Prozent der Betriebe rechnen mit einer weiteren Verbesserung und lediglich 7 Prozent mit einer Eintrübung ihrer Geschäfte. Das Wachstumstempo dürfte allerdings etwas nachlassen, denn im Vergleich zum Frühjahr ist der Optimismus leicht gesunken.

Auch mittelfristig bleibt die bayerische Industrie zuversichtlich: 32 Prozent der Unternehmen wollen mehr investieren (nur 10 Prozent weniger) und rund ein Fünftel ist auf der Suche nach zusätzlichem Personal (nur 10 Prozent planen einen Jobabbau).

Dienstleistungen

Das bayerische Dienstleistungsgewerbe ist ebenfalls in Bestform. Aktuell bezeichnen 56 Prozent der Dienstleister ihre Geschäftslage als „gut“. Nur 4 Prozent der Unternehmen sind unzufrieden. Der positive Trend wird sich auch in den kommenden Monaten fortsetzen. Dementsprechend möchten sie auch weiterhin Arbeitskräfte einstellen. Aktuell suchen 22 Prozent der Unternehmen zusätzliches Personal, 12 Prozent denken hingegen daran, Stellen zu streichen.

Innerhalb des Dienstleistungsgewerbes haben wir den Bereich Verkehr und Logistik näher analysiert. Diese Branche ist mit den Grenzkontrollen und der Diskussion um Diesel-Fahrverbote aktuell besonderen Gefahren ausgesetzt. So geben 78 Prozent der Unternehmen an, dass Fahrverbote für sie eine Belastung darstellen würden. Auch die Grenzkontrollen stellen für mehr als 40 Prozent der Unternehmen ein Problem dar. Dies ist der höchste Wert unter allen Branchen. Darüber hinaus belastet der Fachkräftemangel die Branche weit mehr als andere Branchen. Für 81 Prozent der Unternehmen ist die Personalknappheit ein Risiko.

Bauwirtschaft

Das bayerische Baugewerbe bleibt im aktuellen Konjunkturzyklus der Gewinner schlechthin. Die Auftragsbücher sind sehr gut gefüllt und auf den Baustellen herrscht Hochbetrieb. Fast drei Viertel der Unternehmen bezeichnen ihre Geschäftslage als „gut“, praktisch keines ist unzufrieden. Der bisherige Rekord vom Frühjahr (69 Saldopunkte) wird mit einem Saldo von 73 Punkten nochmals übertroffen.

Besonders boomt nach wie vor der Wohnungsbau: Niedrige Zinsen, sichere Arbeitsplätze, steigende Löhne, die Suche nach renditeträchtigen Anlagen sowie eine anhaltende Zuwanderung – insbesondere in die Ballungsräume –

sind die Gründe hierfür. Der Wirtschaftsbau und der öffentliche Bau florieren ebenfalls.

Ein Ende des Höhenflugs ist nicht in Sicht: 15 Prozent der Unternehmen rechnen sogar mit einer weiteren Verbesserung ihrer Geschäftsentwicklung, nur 5 Prozent mit einer Verschlechterung. Wie positiv diese Einschätzungen sind, zeigt sich, wenn man die saisonalen Einflüsse herausrechnet: Verglichen mit früheren Herbst-Umfragen stellen die Geschäftserwartungen mit 10 Saldopunkten einen neuen (Erwartungs-) Rekord auf.

Einzig der Fachkräftemangel eskaliert bei den Bauunternehmen: Für 90 Prozent ist der Mangel an Fachkräften ein Geschäftsrisiko. Dies sind so viele wie in keiner anderen Branche.

Handel

Geschäfte auf Rekordniveau vermelden auch die bayerischen Einzelhändler. Rund jedes zweite Unternehmen ist mit seiner Geschäftslage zufrieden, weniger als jedes zehnte ist unzufrieden. Auch diese Branche profitiert von der sehr hohen Kaufkraft der Privathaushalte.

Die Aussichten für den bayerischen Einzelhandel bleiben daher günstig. Zwar sind die Erwartungen gemessen am

Saldo von 21 auf 15 Punkte gesunken, doch noch immer blickt ein Viertel der Händler optimistisch in die Zukunft und nur jeder Zehnte ist pessimistisch.

Recht ähnlich sieht das Bild im Großhandel aus: 54 Prozent sprechen von einer guten und nur 9 Prozent von einer schlechten Geschäftslage. Auch für die kommenden zwölf Monate überwiegt der Optimismus nach wie vor deutlich.

Zwei Wermutstropfen gibt es für den bayerischen Handel: Zum einen leidet auch diese Branche unter dem Fachkräftemangel (51 Prozent sehen hierin ein Risiko), zum anderen treibt das Thema Dieselfahrverbote auch den Handel um: Für fast zwei Drittel würde ein Fahrverbot ein Risiko darstellen. Einerseits würde es den Lieferverkehr erschweren, andererseits würden Kunden vielleicht nicht mehr in die Läden kommen. Der Trend zum Online-Handel könnte sich damit weiter verstärken.

Was bedeuten die Ergebnisse für die Wirtschaftspolitik?

Die bayerische Wirtschaft eilt von Rekord zu Rekord. Doch den Unternehmen wird weiteres Wachstum immer mehr erschwert. Ein zentraler Grund ist der Fachkräftemangel. Ei-

nerseits fehlen die Köpfe, andererseits treibt der Konkurrenzkampf um die Fachkräfte die Löhne in die Höhe. Zwar punkten die bayerischen Unternehmen im internationalen Wettbewerb vor allem durch Qualität und Technologieführerschaft. Wichtige Konkurrenten, allen voran aus China, holen jedoch mit unglaublicher Geschwindigkeit auf. In manchen Bereichen haben sie uns schon überholt.

Je geringer unser Technologievorsprung ist, umso mehr rücken Kostenfaktoren wie Arbeit oder Energie in den Vordergrund.

Was muss deshalb der Leitfaden für die zukünftige Bundesregierung sein?

Damit Deutschland, aber auch Bayern zukünftig erfolgreich bleibt, braucht es eine Wirtschaftspolitik, mit der unser Land fit gemacht wird für die digitale Welt. Konkret müssen folgende Themen im Koalitionsvertrag verankert werden:

Grundvoraussetzung für die Digitalisierung ist ein funktionierendes Gigabit-Netz. An der Notwendigkeit des Netzausbaus zweifelt keine Partei. Beim flächendeckenden Ausbau jedoch allein auf Glasfaser zu setzen, ist zu kurz gedacht. Zum einen macht ein flächendeckender Ausbau allein auf Basis dieser Technik ökonomisch nicht für alle Regionen Sinn. Zum anderen muss der Fokus ebenso darauf gerichtet wer-

den, Funklöcher zu schließen. Hier brauchen wir mindestens eine wirklich flächendeckende Versorgung mit 3G-Funknetzen ohne wenn und aber.

Ein Systemwechsel ist bei der Energiewende notwendig. Da die digitale Welt mit Strom betrieben wird, ist eine sichere und bezahlbare Energieversorgung ein elementarer Wettbewerbsfaktor. Die IHK hat bereits eine Blaupause vorgelegt, wie mit einem dreistufigen Modell die Kosten für die Integration der Erneuerbaren Energien begrenzt werden können. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, müssen zudem unverzüglich die Übertragungs- und Verteilnetze ausgebaut und neue Gaskraftwerke errichtet werden.

Von erheblicher Relevanz ist das Thema Datenschutz. Denn die digitale Welt lebt vom Datenaustausch und der Auswertung von „Big Data“. Die Gefahr besteht, dass die Regulierung nicht mit dem Tempo der technischen Entwicklung Schritt hält und zur Innovationsbremse wird. Wenn es richtig ist, dass Daten der Rohstoff der Zukunft sind, dann ist die im Datenschutzgesetz geforderte „Datensparsamkeit“ der politisch verordnete Verzicht auf das neue Geschäft. Datenschutzerfordernisse dürfen also nicht überzogen oder der Anwendungsbereich des Datenschutzrechts ohne Not zu weit ausgedehnt werden. Ein zentraler Grundsatz muss auch hier gelten: Vertragsfreiheit und Selbstregulierung müssen Vorrang vor staatlicher Regelung haben.

Im Zentrum des Wandels steht auch der Arbeitsmarkt. Zum einen müssen wir unsere hiesigen Fachkräfte fit für die digitale Zukunft machen. Zum anderen muss insbesondere Frauen und älteren Erwerbspersonen die Erwerbsbeteiligung erleichtert werden. Da dies die Fachkräftelücke nicht schließen wird, brauchen wir einfachere gesetzliche Regelungen, wie Fachkräfte legal nach Deutschland zuwandern können. In diesem Zusammenhang bekennen wir uns auch klar zu unserem Ziel, Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die im Bundesintegrationsgesetz verankerte 3+2-Regelung muss hierzu konsequent und flächendeckend umgesetzt werden.

Der arbeitsrechtliche Rahmen ist ebenfalls an die Erfordernisse der digitalen Arbeitswelt anzupassen. Dem heutigen Arbeitsrecht liegt das Bild einer regelmäßigen und zeitlich steuerbaren Arbeitsleistung zugrunde, die vor Ort erbracht wird. Die digitale Arbeitswelt ermöglicht hingegen zeit- und räumlich unabhängiges Arbeiten. Das bisherige Schema passt daher nicht mehr. Mehr Flexibilität braucht es beispielsweise, was die Arbeitszeit betrifft, aber auch hinsichtlich des Einsatzes von Werk- und Dienstverträgen oder bei Befristungen.

Zentraler Bestandteil des Koalitionsvertrages muss auch die Steuerpolitik sein. Der Staat erzielt seit einigen Jahren Haushaltsüberschüsse. Er profitiert besonders von der günstigen Zinssituation.

Daher darf es definitiv keine Steuererhöhungen geben. Deutschland weist im internationalen Vergleich die zweithöchste Steuer- und Abgabenquote auf. Es ist höchste Zeit, den Einkommensteuertarif, der ja auch von zahlreichen Kleinunternehmern gezahlt wird, an die Inflation und die nominalen Einkommenssteigerungen anzupassen. Zudem braucht es ein transparentes und einfaches Steuersystem. Enorme Einsparmöglichkeiten birgt die Digitalisierung der Verfahren. Hiervon müssen auch die Unternehmen profitieren und nicht nur die Finanzverwaltung.

In Zeiten des Wandels hat es sich bewährt, auf Wettbewerb zu setzen. Denn nur im Wettbewerb wird die beste Lösung gefunden. Dieses Grundvertrauen in die Märkte muss sowohl mit Blick auf den Wandel hin zu einer digitalisierten Gesellschaft gelten als auch was die Mobilität der Zukunft betrifft. Mit Verboten von Verbrennungsmotoren oder einem alleinigen Setzen auf E-Mobilität behindern wir den marktwirtschaftlichen Ideenwettbewerb. Das hat negative Auswirkungen nicht nur auf unsere industrielle Leitbranche, den Fahrzeugbau.

Das Rennen um die besten Rahmenbedingungen für die digitale Zukunft ist in vollem Gange. Wir erwarten von der Politik – egal welcher Couleur sie zuzurechnen ist –, dass sie sich diesem Wettbewerb stellt und Ideen präsentiert, wie die Zukunftsfähigkeit Deutschlands gesichert werden kann.